

STELLUNGNAHME
zum Entwurf des Dokumentes
„Rohstoffpolitik der Tschechischen Republik“

Das Dokument „Rohstoffpolitik der Tschechischen Republik“ wird gemeinsam mit dem Entwurf der Energiepolitik behandelt. Aus der Sicht der vorherrschenden Philosophie der tschechischen Ministerien ist es logisch, da sich die Energiepolitik auf die fossilen und atomaren Energiequellen stützt und deswegen müssen die Vorräte von entsprechenden Energieträgern überprüft werden.

Das 81-seitige Dokument schlägt eine extensive Rohstoffpolitik vor, die nicht mehr der gegenwärtigen Situation entspricht, sondern mehr der Situation vor ca. 60 Jahren, als die Begeisterung aus unendlichen Ressourcen zu schöpfen, keine Überlegungen über Nachhaltigkeit erfordert haben. Die neue Rohstoffpolitik sollte sich also auf die Suche nach neuen Vorräten sowie nach besseren Methoden, die bestehenden Vorkommen noch mehr auszubeuten, stützen. Die heutigen gesetzlichen Beschränkungen sollten aufgehoben werden, da sie in der Zeit erlassen worden sind, als die Abbaubranche als destruktiv gesehen worden ist, was die letzte Rohstoffpolitik aus dem Jahre 1999 reflektierte. Diese Meinung entspricht nicht mehr der Wahrheit (Seite 8). In manchen Abbaugebieten entstehen nach der Beendigung der Abbautätigkeit wertvolle Naturschutzgebiete (S. 8). Jede Menge der in der EU abgebauten Rohstoffe verursacht wegen der strengen Umweltschutzvorschriften der EU eine geringere Umweltbelastung, als dies in anderen Teilen der Welt der Fall wäre, daneben vermindern sich beim Abbau in der Tschechischen Republik die durch den Transport verursachten Emissionen (S. 8).

Im Dokument sind Überlegungen zum Thema Ersatz der „klassischen“ Ressourcen durch erneuerbare Alternativen leider nicht zu finden. Sympathisch wirkt nur der Teil über die Politik der Sekundärrohstoffe (S. 61 ff.).

Dubios klingt die Begründung der Notwendigkeit, Uranerz in Tschechien weiter abzubauen und zwar nicht nur in den bestehenden, sondern auch in neu eröffneten Minen. In mehreren Ländern wird angeblich die Kernkraft als emissionsfreie und effiziente Energiequelle akzeptiert und zwar ohne Rücksicht auf die Katastrophe in Fukushima (S. 15).

Derzeit sollen sich 63 Reaktoren im Bau befinden (S. 15). In der Tat sind es 59 Blöcke, 9 daraus befinden sich schon mehr als 20 Jahre im Bau, 4 Reaktoren mehr als 10 Jahre, bei 43 Reaktoren ist kein Termin der geplanten Inbetriebnahme festgesetzt. Die Verfasser des Dokumentes schreiben über Pläne, neue 160 Blöcke weltweit auszubauen, und über Überlegungen weitere 329 Blöcke zu errichten (S. 15). Daraus leiten sie ab, dass die Nachfrage enorm zunimmt (S. 16). Leider erwähnen sie nicht, dass alleine in den Jahren 2020 bis 2030 208 Reaktoren wegen ihres Alters stillgelegt werden müssen.

Die Begeisterung für Uran widerspiegelt sich auch in der Bezeichnung – zuerst wird Uran als strategischer Rohstoff genannt, später (S. 36) ist die Rede schon von superstrategischem Rohstoff.

Ähnlich wie im Entwurf der Energiepolitik, wird auch hier die Möglichkeit, Brennelemente für Reaktoren für mehrere Jahre im vorhinein einzukaufen, gelobt (S. 43). Der Einkauf der Brennelemente für mehrere Jahre ist mit jenem Risiko verbunden, dass die Parameter im Kern nach ein paar Jahren ganz anders sind, wie vor dem Einkauf angenommen wurde und die damals eingekauften Brennelemente nicht mehr verwendbar sind. Oder sie können doch verwendet werden, die

Parameter im Kern wären jedoch anders als optimal, sogar mit möglichen Auswirkungen auf die Kernsicherheit.

Die heimische Produktion des Urans wird als Vorteil gesehen, besonders für Krisenfälle. Die tschechische Kernenergiewirtschaft würde angeblich in diesem Fall nur die Aufbereitung des Urankonzentrats von dem Brennelementhersteller anfordern (S. 43). Eine Berechnung der notwendigen Menge ist leider nicht angeführt. Es ist jedoch bekannt, dass die heutige heimische Produktion des Urankonzentrats nur einen Bruchteil der Anforderungen der bestehenden Reaktorblöcke erreicht. Wenn wir die geplanten Blöcke dazu rechnen, dann ist jegliche Energiesicherheit zu vergessen.

Der Entwurf der Rohstoff- sowie der Energiepolitik leidet an übertriebenen und unrealistischen Vorstellungen über die Bedeutung der Kernkraft in der nächsten Zukunft. Diese Schlussfolgerungen gehen von falschen Annahmen über Lage und Entwicklung der Kernenergiewirtschaft im Gegensatz zu den nachhaltigen Energiewirtschaftsformen aus.

Im Vergleich mit dem Entwurf der Energiepolitik stellt aber der Entwurf der Rohstoffpolitik einen offensichtlichen Rückschritt dar. An den schonenden Umgang mit den knapp werdenden Rohstoffen und die Suche nach den nachhaltigen Alternativen wird nicht gedacht. Statt dessen empfiehlt das Dokument eine noch rasantere Ausbeutung der bestehenden und die Suche nach neuen Vorkommen. Im Vergleich mit der vorhergehenden Rohstoffpolitik aus dem Jahre 1999 geht es um einen Sprung weit zurück in die Vergangenheit, als geglaubt wurde, dass die Rohstoffe unerschöpflich sind.

29.8.2012

Dipl.Ing. Dalibor Strasky